

5. Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus in Deutschland:

„Diakonische und christlich-soziale Organisationen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus“, 25. / 26. Januar 2002

Das 5. Bochumer Forum zur Geschichte des sozialen Protestantismus in Deutschland war der Frage nach den „Diakonischen und christlich-sozialen Organisationen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus“ gewidmet. Es wurde, veranstaltet vom Lehrstuhl für christliche Gesellschaftslehre und der Hans Ehrenberg Gesellschaft Bochum, am 25./26. Januar 2002 im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum abgehalten.

Für den Verbandskatholizismus wies Dr. Wilhelm Damberg (Bochum) darauf hin, daß entscheidend für die Bestimmung der Vereine das 1933 zwischen Vatikan und deutscher Reichsregierung abgeschlossene Reichskonkordat mit seinem Vereinsschutzartikel (Nr. 31) war. Zwar sollten danach nur Vereine mit religiös-kirchlicher Betätigung in den Schutz dieses Artikels kommen, die Verhandlungsführer wichen allerdings einer verbindlichen Festlegung aus, welche Vereine darunter zu subsumieren seien. Diese Unsicherheit führte zu einer Gratwanderung zwischen Loyalitätsbekundungen und Selbstbehauptung. Bei Kriegsbeginn 1939 war der Verbandskatholizismus bereits weitgehend lahmgelegt. Die unter dem Nationalsozialismus aufgezwungenen Entwicklungen führten nach 1945 zu Überlegungen, ob man auf den Verbandskatholizismus nicht überhaupt verzichten könne. Letztlich kehrte man nicht mehr zu den früheren Verhältnissen zurück, indem die ehemaligen Verbandszentralen in bischöfliche Hauptarbeitsstellen verwandelt wurden.

Der evangelische Verbandsprotestantismus in den Jahren nach 1933 war nach Auffassung von Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser (Marburg) 1. protestantisch-interkonfessionell und verfügte 2. über Distanz zur verfaßten Kirche. Diese Distanz rührte vom Unbehagen am kirchlichen Leben her, verbunden mit dem Wunsch, die Grenzen der Landeskirchen zu transzendieren. Dieses Sonderverhältnis spiegelte sich auch darin, daß die Pfarrer bis 1918 freie Berufungsarbeiter waren, die nicht an die kirchlichen Versorgungskassen angeschlossen waren; damit einher ging wiederum ein höherer Politisierungsgrad. Kaiser resümierte, daß die protestantischen Vereine nach 1945 nicht mehr an ihre große Zeit vor 1933 anknüpfen, sondern lediglich ihre Arbeitsbereiche erhalten konnten.

Mit dem Gustav Adolf-Verein (GAV) beschrieb Dr. Norbert Friedrich (Bochum) das Diasporawerk des Protestantismus, das 1842/43 gegründet worden war. Im Jahre 1933 verhielt sich der GAV zunächst passiv, die Konflikte begannen erst 1934 mit der Einsetzung des Kirchlichen Außenamtes, zuständig für die deutschen Auslandsgemeinden. Der GAV blieb aber als selbständiges Werk bestehen und hielt seine Arbeitsfähigkeit aufrecht.

Während Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann (Magdeburg) dem „Evangelisch-sozialen Kongreß im Dritten Reich“ ein reduziertes „Leben im Traditionsbestand“ attestierte, dessen große Zeit bereits 1914 zu Ende gewesen sei, qualifizierte Prof. Dr. Günter Brakelmann den Verein als ein „fulminantes Produkt des neuzeitlichen Protestantismus“, der in den 20er Jahren noch ein wichtiges sozialetisches Forum gewesen sei. In der Denkschrift von 1934 wurde mit Berufung auf das mit der katholischen Kirche abgeschlossene Reichskonkordat eine Strategie zur Selbsterhaltung entwickelt. Pollmann ging davon aus, daß der Kongreß sich in einer Art Selbstaufgabe seines sozial-kirchlichen Auftrages entledigte und als neuen Auftrag die Überwindung der kirchlichen Fronten definierte, er konnte aber über 1945 hinaus keine Bedeutung mehr gewinnen.

Über die „Gleichschaltung berufsständischer Organisationen im Bereich der evangelischen Wohlfahrtspflege“ referierte Archivdirektor Dr. Michael Häusler (Archiv des Diakonischen Werkes Berlin). Für seine vergleichenden Betrachtungen bezog er sich auf den Kaiserwerther Verband, den Deutschen Diakonenverband, den Verband evangelischer Wohlfahrtspfleger und den Verband evangelischer Wohlfahrtspflegerinnen. Zeitgleich mit der Zerschlagung der sozialistischen Gewerkschaften hatte sich die Deutsche Arbeitsfront (DAF) konstituiert, deren Aufbau eine einheitliche berufsständische Ordnung jenseits von Klassenkampf und Parteiinteresse gewährleisten sollte. Ausgangsvoraussetzungen und Ablauf der Gleichschaltung verliefen bei den vier Verbänden unterschiedlich. Während der Kaiserwerther Verband weitgehend unbeschadet aus der Gleichschaltungsphase hervorging, verschwand der Verband evangelischer Wohlfahrtspfleger spurlos von der Bildfläche. Weniger eindeutig gestalteten sich die Dinge bei den beiden anderen Vereinen. Die Gleichschaltung des Deutschen Diakonenverbandes konnte nur abgewendet werden um den Preis überdurchschnittlicher Willfährigkeit gegenüber der DAF. Die später erfolgte Selbstgleichschaltung führte aber zu einem Kirchenkampf innerhalb der Diakonenschaft, der die äußerlich gerettete Organisation innerlich fast zerriß. Im Vergleich dazu vollzog sich die Gleichschaltung des Verbandes evangelischer Wohlfahrtspflegerinnen eher im Stillen; im Zuge der Gleichschaltung ging ein „lebensfähiger“ Nachfolgeverband hervor, der jedoch das „Dritte Reich“ nicht überlebte. Häusler wies in der Diskussion daraufhin, daß der Nationalsozialismus besonders in den Anfangsmonaten sozialstaatliche Modernisierungsprozesse mit sich gebracht habe, etwa die Möglichkeit gewerkschaftlicher Aktivitäten der Diakone, aufgezwungen aber war das Splitting in die berufsständische Interessenvertretung und die Gesinnungsgemeinschaft.

Über „Sozialer Protestantismus im Kirchenkampf – Die Auseinandersetzungen um die Neuordnung der kirchlich-sozialen Arbeit zum Beginn des ‚Dritten Reiches‘“ sprach Christian Illian (Karlsruhe). Die Binnenprobleme des Sozialen Protestantismus, einerseits beruhend auf sachlichen Problemen, aber auch auf persönlichen Animositäten, wurden im Jahre 1933 verschärft durch die Zerschlagung der Arbeiterschaft, die Bildung der DAF sowie die Versuche zur Gleichschaltung der evangelischen Kirche. Die Existenzberechtigung der Verbände wurde insgesamt durch den Nationalsozialismus in Frage gestellt, eine Vereinnahmung von Evangelisch-Sozialem Kongreß und Kirchlich-Sozialem Bund als wichtigsten Verbänden des Sozialen Protestantismus wurde verhindert. Beide Einrichtungen trotzten dem Anpassungsdruck im „Dritten Reich“, mußten aber gleichzeitig Marginalisierung und Nischenexistenz hinnehmen.

Unter dem Titel „Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand“ beschäftigte sich Dr. Ulrich Peter (Berlin) mit dem Verhalten der Religiösen Sozialisten im „Dritten Reich“. Seine These lautete, daß deren Beitrag im Kirchenkampf durchaus bemerkenswert sei, und sich eben nicht alles von „Barmen“ entwickelt habe. Ihre Kompromißbereitschaft qualifizierte er als sinnvoll, denn das Beispiel der KPD zeige ihm, daß man unter den Bedingungen des Nationalsozialismus mit offenem Widerstand scheiterte. Die Kontakte zur Bekennenden Kirche gestalteten sich zurückhaltend, denn diese wollte nicht mit dem politischen Widerstand in Verbindung gebracht werden. Einzelne Kreise, etwa der Berliner Kreis um Otto Suhr, leisteten politischen Widerstand, Beziehungen zum kommunistischen Widerstand aber gab es nicht. Die Mitglieder der Religiösen Sozialisten haben sich nach 1945 auch nicht mit der SED gemein gemacht.

Eine wissenschaftliche Untersuchung zur Diakonie der Freikirchen stehe noch aus meinte Dr. Andrea Strübind (München), weshalb ihre Ausführungen über „Freikirchen und Diakonie 1933–1945“ auch fragmentarisch bleiben müßten.

Im Dritten Reich ermöglichte das staatliche Desinteresse zunächst das Weiterarbeiten. Einzelne Gruppen setzen sich zwar für die Bekennende Kirche ein, insgesamt aber blieben sie neutral, um ihren Bestand nicht zu gefährden. Der Weg in die Anpassung mit gleichzeitiger Loyalität zum Staat wurde nicht in Frage gestellt. Ihre Existenzangst nahm zu, nachdem sie oft als ausländische Sekte bezeichnet wurden. Aus diesem Grunde war man besonders bestrebt, deutsch-national zu erscheinen. Das Verhalten der Freikirchen ist zu beschreiben als Akkomodation an staatliche Forderung mit Spuren geistiger Resistenz, ihr theologisches Profil bleibt dabei blaß.

In seinen Ausführungen über das „Berliner Evangelische Johannesstift in der NS-Zeit“ wies Dr. Peter Noss (Bochum) unter dem Titel „Diakonie oder Ideologie“ darauf hin, daß das Stift sich mit der Aufarbeitung seiner eigenen Geschichte schwer getan habe. Im Gegensatz zu der eigenen Einschätzung, man habe sich nie völlig nationalsozialistischen Forderungen ausgeliefert, sich sogar davon abgesetzt und der Bekennenden Kirche verbunden gewußt, konstatierte Martin Albertz einen „willenlosen Opportunismus“. Diese kritische Beurteilung relativierte Michael Häusler, indem er darauf hinwies, daß die Tatsache, daß das Stift an den preußischen Ev. Oberkirchenrat angebunden war, einen besonderen Druck erzeugt und das Interesse der Nationalsozialisten auf das Stift gelenkt habe.

Über „Ausmaß und Bedeutung der Zwangsarbeit in Diakonie und Kirche während des Zweiten Weltkrieges“ referierte Dr. Jens Murken (Bielefeld); er verwies darauf, daß erst seit dem Jahr 2000 im Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter Forschungsaufträge vergeben worden seien. Die zentrale wissenschaftliche Aufarbeitung erfolgt durch das „Projekt zur Erforschung von Zwangsarbeit in Diakonie und Kirche 1939–1945“ unter der Leitung von Prof. Dr. Jochen-Christoph Kaiser (Marburg). Einige lokale und regionale Projekte aber lassen mittlerweile statistische Aussagen über das Ausmaß der Zwangsarbeit zu. Nach seiner Einschätzung sind Zwangsarbeiter dort beschäftigt worden, wo sie am dringendsten gebraucht wurden, also nicht im kirchlich engeren Bereich, sondern im diakonischen Bereich, in Krankenhäusern, Friedhöfen, Pfarrhäusern; ihr Einsatz wurde als kriegsbedingte Begleiterscheinung bagatellisiert.

„Krieg und Kriegsende – das Überleben protestantischer Vereinsarbeit“ lautete der Titel des Referates von Ellen Überschär (Marburg). Nach ihrer Einschätzung herrschte während der Kriegsjahre im Verbandsbereich weitgehende Ruhe. Im System des Krieges kommt dem Geschlecht eine kategoriale Position zu, d.h. vom Überleben der Vereinsarbeit kann nur da gesprochen werden, wo es sich um Frauenbereiche handelte oder eine Tätigkeit von Frauen ausgeübt wurde. Die Herausbildung der Gender-Dichotomisierung führte dazu, daß Frauen an der inneren Front, Männer an der äußeren tätig wurden. Die Ausbildung konnte z. B. nach Kriegsende im Burckhardthaus schnell wieder aufgenommen werden. Als Überlebensstrategie hatte man 1. die Kommunikationsstrategie (Reisedienst), 2. die Substitutionsstrategie (verwaiste Jugendkreise wurden von Pfarrfrauen oder Mädchen übernommen) und 3. die Kompensationsstrategie (stärkere Ausrichtung auf Inhalte) etabliert. Diese Strategien sind weder frauen- noch kriegsspezifisch, aber sie waren nur weiblichen Vereinen zugänglich.

In seinem Schlußwort wies Prof. Dr. Traugott Jähnichen (Bochum) darauf hin, daß wichtige Stichworte dieser Tagung Verkirchlichung, Gemeindeorientierung, Anpassung und Akkomodation gewesen seien, unterrepräsentiert aber seien Bedeutung und Relevanz von Frömmigkeit und theologischem Profil gewesen – Aspekte denen man sich im nächsten Forum widmen wolle.

Gertraud Grünzinge